

Umstrukturierung der Uni Salzburg: ÖH kritisch angesichts der Pläne des Rektorats

Wesentlich später als angekündigt hat nun das Rektorat die Reformpläne endlich schriftlich vorgelegt. Auch im Kontext der vorangegangenen hitzigen Debatten zeigt sich die ÖH angesichts des Ergebnisses kritisch.

Im heute Nachmittag veröffentlichten Papier „Strukturreform PLUS 2030“ legt das Rektorat erstmalig schriftlich vor, wie es sich die Struktur der Uni in Zukunft vorstellt. Das Papier enthält einige positive Vorschläge – aber auch viele fragwürdige Pläne. Die ÖH befürwortet an vielen Stellen die geplanten Profilschärfungen. „Abzulehnen sind aber die Aspekte, die wir auch in unserem Positionspapier bereits kritisiert haben: unter anderem die faktische Auflösung des Fachbereichs Philosophie an der KTH oder die Eingliederung der Linguistik in die Germanistik. Schade, wie wenig das Rektorat hier die Argumente der Studierenden einbezogen hat“, kritisiert Keya Baier, Vorsitzende der ÖH. Bedenklich ist auch der Status des Fachbereichs Altertumswissenschaften, der laut Papier „zunächst“ eigenständig bleiben soll – unklarer geht es wohl kaum.

Im Papier wird das Ziel geäußert, mehr Drittmittel einzuwerben und angemerkt, dass dafür eine gute Betreuungsrelation notwendig ist. Die bereits realisierte Kürzung von Tutor*innen- und StudAss-Stellen sowie das Nicht-Nachbesetzen von Lehrstellen steigert aber nicht nur den Druck und die Arbeitslast auf die Lehrenden, sondern wirkt sich auch negativ auf die Studiensituation aus“, so Raphaela Maier, 2. Stellv. Vorsitzende.

Ebenfalls fragwürdig ist die klare Labelpolitik, die in den Plänen deutlich wird. „Wir haben mehrfach betont, dass eine reine Aufteilung von Fakultäten auf dem Papier nichts bringt. Stattdessen sollte lieber an tatsächlichen Problemen gearbeitet werden“, erklärt Hande Armagan, 1. Stellv. Vorsitzende. Auffällig sind die an vielen Stellen mehr oder minder deutlichen Pläne, in der Verwaltung zu sparen und Strukturen zusammenzulegen. Das Argument des Rektorats, das Studium werde davon nicht beeinflusst, ist realitätsfremd.

Die Debattenkultur ist ein zentraler Punkt im Papier. Dabei wird betont, diese sie breit und „bottom-up“ geführt worden, unter anderem mit der ÖH. „Die ÖH wurde allerdings kaum informiert, geschweige denn in Entscheidungen mit einbezogen und muss diese Aussage daher dementieren“, so Manuel Gruber, Referent für Bildungspolitik“. Allerdings spricht das Rektorat auch davon, für weiteren Dialog zur Verfügung zu stehen. „Die ÖH fasst dies als Versprechen zur Gesprächsbereitschaft auf“, so Gruber abschließend.